

Der IRA als standortpolitische Herausforderung für Europa

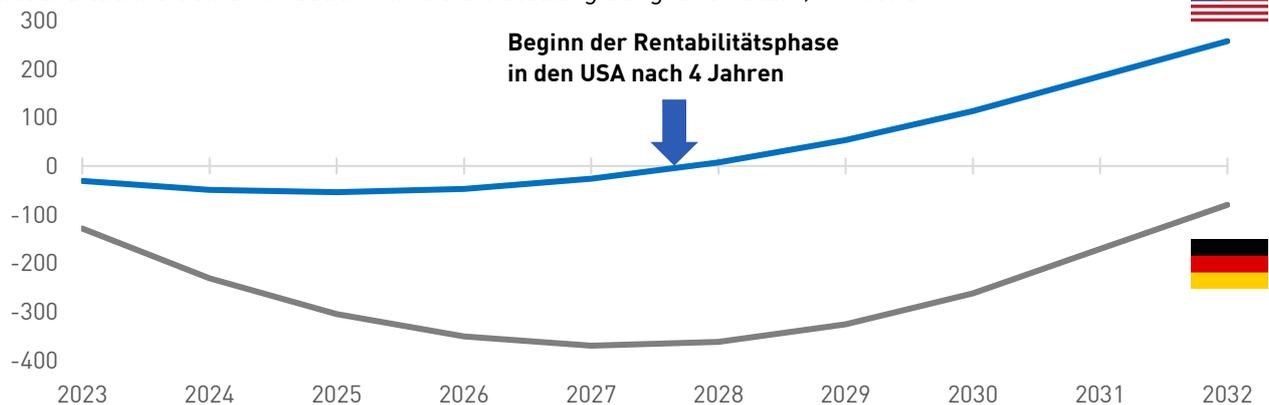
4. Mai 2023

Abteilung für Wirtschaftspolitik

Mit dem **Inflation Reduction Act (IRA)** hat die US-Regierung ein industriepolitisches Programm geschaffen, das nachhaltige Energien subventionieren und die amerikanische Wirtschaft dekarbonisieren soll. Es beruht auf einem sehr übersichtlichen Subventionsschema in Form von überwiegend ungedeckelten Steuergutschriften mit einer standardmäßigen Laufzeit von zehn Jahren. Subventioniert werden sowohl Investitionen als auch die Produktion von ausgewählten grünen Technologien. In einigen Bereichen, wie z.B. der Produktion von E-Autos, werden Förderungen mit Local-Content-Vorgaben kombiniert. Dadurch entsteht **auch für europäische Unternehmen ein Anreiz, Standortentscheidungen zugunsten einer Verlagerung nach Nordamerika zu fällen.**

Grüne Investitionen amortisieren sich in den USA viel schneller

Wirtschaftlichkeit einer Investition in die Umstellung auf grünen Stahl, in Mio. €



Quelle: EY, Spiegel

Welchen Unterschied der Wirtschaftsstandort fortan für die Wirtschaftlichkeit von grünen Investitionen macht, zeigt eine Berechnung von Ernst & Young (EY): Eine Umstellung der Rohstahlproduktion vom konventionellen Hochofen auf ein Direktreduktionsverfahren mit Wasserstoff amortisiert sich **in den USA bereits im vierten Betriebsjahr**. Im Falle **Deutschlands** wäre der Rentabilitätspunkt **noch nicht einmal nach zehn Jahren** erreicht. Gerade auf energieintensive Unternehmen, die in Europa ohnehin schon unter hohen Energiepreisen leiden, dürfte der IRA damit eine Sogwirkung ausüben.

FAZIT: Der IRA beruht auf einem **übersichtlichen Förderinstrumentarium**, das den Aufbau grüner Wertschöpfungsketten in den USA massiv beschleunigen wird. Die enthaltenen **Produktions- und Investitionssubventionen sind auch für europäische Unternehmen äußerst attraktiv** und bergen aufgrund der gekoppelten Local-Content-Anforderungen die Gefahr von Standortverlagerungen. Der Vorschlag der Europäischen Kommission für einen **Net Zero Industry Act** soll eine angemessene europäische industriepolitische Antwort formulieren. Er zielt auf eine **längst überfällige Straffung von Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren ab, versäumt es jedoch bis dato, eine verlässliche finanzielle Förderstruktur aufzuzeigen**. Hier muss dringend nachgebessert werden, denn es geht um nichts weniger als um die Zukunft des Industriestandorts Europa.